

Magdeburg, 24.April 2018

BTB Sachsen-Anhalt im Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion



BTB Sachsen-Anhalt im Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion

Bild: Rainer Kießling

Eine Delegation des BTB Sachsen-Anhalt hat am 24.04.2018 ein gemeinsames Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion vorgenommen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe *Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung* der CDU-Landtagsfraktion unter der Führung von MdL Ulrich Thomas (Vorsitzender), MdL Lars-Jörn Zimmer, MdL Florian Philipp und MDL Uwe Harms haben sich mit dem BTB Sachsen-Anhalt unter Führung des Landesvorsitzenden Manfred Jakobs inkl. Vertretern der drei

Landesfachgruppen Lebensmittelchemie, Straßen- und Hochbau sowie Vermessung unterhalten.

In einem Sondierungsgespräch trafen sich am 24.04.2018 der BTB Sachsen-Anhalt und die CDU-Landtagsfraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt. Die einzelnen Mitglieder der Delegation des BTB Sachsen-Anhalt konnten die aktuelle Situation in den Verwaltungen und Dienststellen schildern und auf die Probleme und Sorgen zum **Fachkräftemangel in den technischen Bereichen der Landesverwaltung** aufmerksam zu machen. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass die im Koalitionsvertrag festgelegten Planstellen für die Verwaltungen ein erster positiver Schritt sind und eine deutliche Verbesserung zum bisherigen Personalentwicklungskonzept 2008-2025 (PEK II), der noch einen deutlicheren höheren Stellenabbau vorgesehen hatte, darstellen. Die Gewerkschaft konnte zum Thema **personelle Ausstattung in den Dienststellen** verdeutlichen, dass die im Koalitionsvertrag feste Stellenanzahl der technischen Verwaltungen nur erreicht werden kann, wenn diese im Haushalt auch mit einer konkreten Stelle hinterlegt werden.

Die Gewerkschaft fordert infolge der hohen Alterstruktur der Verwaltung und den damit jetzt schon bekannten Abgänge der geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten 5 bis 10 Jahren, die Ausbildungssituation in den technischen Verwaltungen deutlich wieder stärker zu fördern. „Wenn in ein paar Jahren die Planstellen besetzt werden können, wo soll die Vielzahl der Bewerber herkommen, wenn nicht jetzt schon ausgebildet wird“, so Jakobs. Die CDU-Landtagsfraktion bestätigte dies und hat bereits erkannt, dass das Land Sachsen-Anhalt als Arbeitgeber nicht alleine auf dem Arbeitsmarkt agiert. Alle Bundesländer werden in Zukunft den Fachkräftemangel in den technischen Berufen feststellen und händeringend Personal für die öffentlich technische Verwaltung benötigen. Erschwerend kommt dabei noch hinzu, dass der Fachkräftemangel nicht nur in der öffentlichen Verwaltung existiert, sondern auch vor der freien Wirtschaft nicht haltmacht. Es wird dann ein „Run“ auf die frisch ausgebildeten Techniker und Ingenieure stattfinden, Konkurrenzkampf und Abwerbungen auch unterhalb der einzelnen Bundesländer sind dabei nicht ausgeschlossen. Sachsen-Anhalt soll auch weiterhin für junge Menschen mit Ausbildungs- und Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst attraktiv bleiben. Der BTB Sachsen begrüßt daher, dass eine Landespolitik jetzt umdenkt.

Für die aktuellen Anforderungen an die Verwaltung fordert die Gewerkschaft eine ehrliche und ergebnisoffene Aufgabenkritik, um die Fachbehörden entweder von Aufgaben zu entlasten bzw. diese mit ausreichend Personal und Technik zur Aufgabenbewältigung auszustatten. Um die o.g. Probleme auch nur ansatzweise zukünftig lösen zu können, sind

Instrumente zur Fachkräftegewinnung neu zu schaffen. Altersteilzeit und moderne Arbeitsmodelle, wie z.B. mobiles Arbeiten und Teleheimarbeit, sind Mittel für einen attraktiven Arbeitgeber, die aus Gewerkschaftssicht zwingend unbürokratisch und zeitnah einzuführen sind. Erhöhung der Ausbildungszahlen, duale Studiengänge und die Wiedereinführung von Vorbereitungsdiensten sowie das Referendariat sind nur einzelne Punkte, die es hier zu nennen gilt.

Am Beispiel der LFG Vermessung des BTB Sachsen-Anhalt werden nachstehend einige der o.g. aktuell ungelösten Probleme für die Ausbildung benannt:

1. Für das Jahr 2019 wurde für die Geoinformationsverwaltung angekündigt, wieder pro Jahr 10 Auszubildende - alle für den Ausbildungsberuf Geomatiker/in – einzustellen und die regionale Ausbildung wieder zu aktivieren. Die Gewerkschaft begrüßt diesen Schritt, aber hält diesen für noch nicht ausreichend genug. Eine Ausbildung zum Beruf Vermessungstechniker/in findet im Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt z.B. gar nicht statt und ist weiterhin auch nicht geplant, obwohl Fachabteilungen der Verwaltung als auch Gewerkschaft und Berufsbildungsausschuss einen großen Bedarf festgestellt haben. Dieser Umstand wurde mehrfach dem zuständigen Minister Webel vom Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr sowie dem zuständigen Abteilungsleiter im Ministerium dargelegt und um Abhilfe gebeten, leider bisher ohne Erfolg.
2. Für den sogenannten „mittleren Dienst“ und den „gehobenen Dienst“ findet in der Geoinformationsverwaltung seit Jahrzehnten keine Beamtenausbildung als Vorbereitungsdienst mehr statt. Erschwerend kommt hinzu, dass die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen noch auf dem Stand der 90er Jahre sind. Selbst wenn sofort Finanzmittel für Planstellen bereitstehen würden, könnte eine Ausbildung wegen fehlender Anpassung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen nicht erfolgen. Der neue Beruf des Geomaters / der Geomatikerin sowie die Bachelor-Absolventen der Geoinformation haben zudem wegen der fehlenden Umsetzung in den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen sowie fehlende Regelungen für die Zugangsvoraussetzungen keinen Zugang zum Berufsbeamtentum in Sachsen-Anhalt. Die Gewerkschaft fordert hier umgehende Abhilfe.
3. Die Gewerkschaft schlägt zudem eine Öffnung der Geoinformationsverwaltung für duale Studiengänge vor, wobei bereits während des Studiums eine befristete Anstellung im öffentlichen Dienst erfolgt. Als Gegenleistung verpflichtet sich der Bedienstete für ein Beschäftigungsverhältnis im Land für einen definierten Zeitraum.
4. Eine Referendarsausbildung für den sogenannten „höheren Dienst“ findet zwar statt, allerdings können die Planstellen z.T. nicht vollständig besetzt werden. Es mangelt hierbei aber nicht an Bewerbern. Leider muss festgestellt werden, dass Absolventen des Masterstudienganges der Vermessung und Geoinformation von der Hochschule Anhalt nicht für ein Referendariat in Sachsen-Anhalt zugelassen werden, weil Zugangsvoraussetzungen fehlen. Es fehlt den Absolventen nach Ansicht des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt an einer geophysikalischen Prüfung innerhalb der Hochschulausbildung. Für die Gewerkschaft ist das unverständlich, denn einerseits spricht man von einem Fachkräftemangel und andererseits wird an einer starren Vorgabe eines Oberprüfungsamtes entgegen Regelungen anderer Bundesländern festgehalten. Unverständlich ist dabei auch für

die Gewerkschaft, dass dadurch Absolventen der Hochschule Anhalt nicht im eigenen Bundesland gehalten werden können, obwohl die Landesregierung für eine Kampagne „Rückholung von Sachsen-Anhaltern“ nicht unerhebliche Gelder bereit stellt. Die Politik wird hier aufgefordert, Lösungen zu suchen und entweder die Zulassungsvoraussetzungen für das Referendariat zu lockern oder die fehlende Prüfung der Hochschule Anhalt innerhalb des Studiums einzuführen.

Für die LFG Straßenbau steht aktuell alles unter dem Stichwort „Fernstraßenverkehrsgesellschaft“ und die Überführung von Aufgaben und Personal für Bundesfernstraßen vom Dienstherrn „Land“ an den „Bund“. Hier fordert die Gewerkschaft, die Probleme nicht auf dem Rücken der Bediensteten auszutragen. Die Übergangsbedingungen für das Personal müssen klar im Vorfeld feststehen, ein Übergang gegen den Willen eines Bediensteten stößt auf Ablehnung in der Gewerkschaft. Ferner regt auch die LFG Straßenbau an, starre bisherige Regelungen für die Einstiegs-Entgeltgruppe für Tarifbeschäftigte zu lockern und ggf. eine höhere Einstiegs-Entgeltgruppe vorzunehmen, wie es in anderen Bundesländern bereits schon praktiziert wird. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass mit den bestehenden niedrigen Einstiegs-Entgeltgruppen in Sachsen-Anhalt keine geeigneten Bewerber auf dem Arbeitsmarkt gefunden werden.

Die LFG Lebensmittelchemie hat auf die angespannte Personalsituation und die mangelnde technische Ausstattung insbesondere der schlechte bauliche Zustand des Dienstgebäudes in Halle aufmerksam gemacht.

Der Meinungsaustausch zwischen CDU-Landtagsfraktion und BTB Sachsen-Anhalt fand auf sachlicher Ebene statt, hierfür bedankt sich die Gewerkschaft. In vielen Punkten konnte im Gespräch Übereinstimmung erzielt werden. Die Gespräche zwischen Gewerkschaft und den Fraktionen sollen möglichst halbjährig stattfinden. Weitere Gespräche wurden zwischen der CDU-Landtagsfraktion speziell mit den Arbeitskreisen Inneres und Finanzen und dem BTB Sachsen-Anhalt vereinbart.

BTB Sachsen-Anhalt